

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Machterhalt“

Deutschland lebt weiterhin über seine Verhältnisse. Das zeigt – laut „Focus“ – der neue Ampel-Haushalt, der auf den drei Prinzipien Umverteilung, Rekordausgaben und Hoffnung beruhe. Mit einem Jahres-Budget von 481 Mrd. Euro bleibe Deutschland Wohlfahrtsstaat und Umverteilungsmaschine. Ob der vom Bundeskanzler als „gelungenes Kunstwerk“ gepriesene Bundeshaushalt die vollmundigen Erwartungen erfüllt, erscheint zweifelhaft. Die formelle Einhaltung der Schuldenbremse war nur dank diverser Buchhaltungs-Tricks möglich. Der Bundeswirtschaftsminister spricht etwas blumig vom Dreiklang „Wirtschaft, Klima, Kinder“, der den Haushalt und die Begleitbeschlüsse zusammenfasse. Im Herbst muss dieser wackelige Haushaltsentwurf vom Bundestag verabschiedet werden. Nicht auszuschließen ist, dass die von der Regierung mühsam herbeigeführte Einigkeit bei anhaltendem demoskopischen Absturz der drei Koalitionsparteien erneut aufbrechen wird. Nach Bewertung des Publizisten Gabor Steingart belegt der Haushaltskompromiss 2025 der Ampel vorrangig den Willen zum Machterhalt. Verteidigung, Wirtschaft und Sozialstaat blieben auf der Strecke, während die Regierung unrealistische Wachstumsziele verfolge.

„Marginale Effekte“

Die Reaktionen der deutschen Wirtschaft auf die Wachstumsinitiative der Bundesregierung sind verhalten. So erwartet der BDI „nur marginale Wachstumseffekte“. Die Beschlüsse stärkten vorrangig „die Kaufkraft der pri-

vaten Haushalte“, Unternehmen würden hingegen kaum entlastet. Die DIHK sieht zwar ein positives Signal in Form einer Anerkennung von Handlungsbedarf durch die Bundesregierung. Die geplanten Maßnahmen eröffneten allerdings kaum die Chance, das Ruder in Richtung nachhaltiges Wachstum herumzureißen. Die DIHK weiter: „Wir hätten uns natürlich auch gewünscht, dass die Politik am Steuerthema insgesamt arbeitet. Denn wir liegen im internationalen Vergleich bei der Steuerentlastung immer noch ganz oben. Die komplette Abschaffung des Solis wäre beispielsweise ein gutes Signal gewesen.“ Die DIHK verweist auf die unverändert großen Herausforderungen für die Automobil- und Zulieferindustrie sowie die Grundstoffindustrie. Der Maschinenbau meldet rückläufige Zahlen. Auch im Bau- und Immobiliensektor ist die Lage schwierig.

Wachstumsschwächen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Wachstumsprognose 2024 für die Eurozone auf 0,9 % angehoben. Für Deutschland erwartet der IWF jedoch ein „weiter schleppendes Wachstum“ von nur 0,2 %. Damit werde die Bundesrepublik 2024 erneut konjunkturelles Schlusslicht unter den großen Industrienationen bleiben. Diese Prognose steht im diametralen Widerspruch zur vom Bundeskanzler ausgesprochenen Erwartung, Deutschland könne zum „Stabilitätsanker in einer unruhigen Welt“ werden. Noch negativer fällt für Deutschland die Prognose der EU-Kommission aus. Trotz der Anfang 2024 erfolgten Erholung der europäischen Wirtschaft soll

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

die deutsche Konjunktur in diesem Jahr – laut EU – nur noch um 0,1 % zulegen. Erheblich gefallen ist der ZEW-Index, das Barometer für die Erwartungen in den kommenden sechs Monaten. Nach elf Anstiegen in Folge hat der Index einen kräftigen Dämpfer erhalten. Das ZEW merkt an: „Der wirtschaftliche Ausblick trübt sich ein. Zum ersten Mal seit einem Jahr sinken die Konjunkturerwartungen für Deutschland.“ Die Auftragseingänge der deutschen Industrie sind im Mai erneut unerwartet stark zurückgegangen. Der Einbruch lag gegenüber dem Vorjahresmonat bei -8,6 %. Und die deutschen Exporte sind im Mai – im Vergleich zum Vormonat – um 3,6 % geschrumpft. Auch in der Insolvenz-Statistik hinterlässt der strukturelle Niedergang deutliche Spuren. Im ersten Halbjahr 2024 haben 162 Unternehmen mit einem Umsatz von über 10 Mio. Euro existenzielle Notlagen angemeldet, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 41 % ausmacht. Besonders betroffen sind Immobilienunternehmen, Zulieferer und Maschinenbauer. Woher der Wind weht, zeigt die Entwicklung der Baunachfrage. So sind von Januar bis Mai 2024 hierzulande 21,5 % oder 24.400 weniger Wohnungen genehmigt worden als im Vorjahreszeitraum. Deutlich wachsende Nachfrage melden dagegen Fachanwälte und Berater für Restrukturierung und Sanierung.

„Verlorene Jahre“

Läge die Wahl allein bei den „Entscheidern“, so würde der nächste Bundeskanzler Friedrich Merz heißen. Bei einer Untersuchung im neuesten „Elitepanel“ von Allensbach haben sich 64 % der befragten 136 Top-Manager, 89 Spitzenpolitiker und 44 Spitzenbeamten für den CDU-Vorsitzenden ausgesprochen, nur noch 33 % für Scholz. Bei der letzten Umfrage vor acht Monaten hatte Merz mit 47 % noch knapp hinter dem Amtsinhaber (49 %) gelegen. Nur 12 % glauben, Scholz könne mit seiner SPD den Rückstand auf die Union und Merz aufholen. Auch die allgemeine Stimmungslage stellt sich für die Ampel wenig hoffnungsvoll dar. 85 % der Befragten zeigen sich als von der Koalition insgesamt enttäuscht, nur 9 % zufrieden. Schwach fällt auch die Benotung der Wirtschafts- und Energiepolitik aus: Fast 13 % bewerten den Wirtschaftsstandort Deutschland als „gar nicht gut“ oder „weniger gut“. 70 % stimmen der Aussage, die letzten zwei Regierungsjahre der Ampel seien „verlorene Jahre“ gewesen, zu. Aufschlussreich ist auch: Vier von fünf befragten Unternehmens-Chefs bezweifeln, dass die Politik überhaupt ein realistisches Bild von der Lage und den Nöten der Wirtschaft hat. Und fast alle Entscheider sind der Auffassung, dass sich das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft insgesamt verschlechtert hat.